

Europa wählen!

Europäisches Demokratiedefizit oder defizitäre Demokratie?

Europaskepsis ist weit verbreitet. Das sind nicht nur irgendwelche Stimmungen. Das sind meist fest sitzende Urteile und Vorurteile, die sich konkret in geringer Wahlbeteiligung niederschlagen. Es ist richtig, die Beteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament ist seit den ersten Direktwahlen 1979 kontinuierlich zurückgegangen. Zuletzt, im Jahr 2009, lag sie europaweit bei nur noch 43 Prozent und nur wenige Zehntelpunkte hinter dem Komma davor in Deutschland.

Geringe Wahlbeteiligung ist ein Problem für die Demokratie. Das Desinteresse an Wahlen ist aber nicht auf die Europawahl beschränkt. Rückläufig und hierzulande inzwischen auf Tiefpunkte unter 40 Prozent gesunken ist auch die Beteiligung an Kommunalwahlen. In anderen EU-Staaten, vor allem in mittel- und osteuropäischen Ländern, ist auch die Teilnahme der Bürger an den nationalen Parlaments- oder Präsidentschaftswahlen gering.

Vor allem das oft vorgetragene Argument, Europa sei zu weit weg von den Menschen, kann das Phänomen nicht überzeugend erklären. Zumindest kann es kaum dafür herhalten, die geringe und teilweise noch viel geringere Beteiligung an Kommunalwahlen zu begründen. Welche Politikebene sollte den Wählern näher sein als die kommunale?

Eine niedrige Wahlbeteiligung bei den Europawahlen ist also kein allein auf Europa zu reduzierendes Ereignis. Wer meint, das Problem sei in einem europäischen Demokratiedefizit zu suchen, der irrt. Vielmehr haben wir es längst mit einer

defizitären Demokratie überall in Europa, auch und gerade in den Mitgliedstaaten zu tun.

Die Gründe für die politische Abstinenz, die Nichtinanspruchnahme des Wahlrechts auf europäischer Ebene, muss andere oder zumindest mehr Ursachen haben, als dass ein „bürokratischer Moloch“ über die Köpfe der Menschen hinweg regierte. Sie mag auf Überforderung zurückzuführen sein. Oder auch auf eine Gleichgültigkeit, die sich aus einer Mischung aus Vereinzelung und Reizüberflutung speist.

Brot und Spiele – statt politischer Teilhabe. Ist es vielleicht das? Sind viele Menschen sediert, bloß abgelenkt? Erstickt ein Übermaß leichter medialer Kost den Wunsch nach politischer Teilhabe? Führt die Flucht in virtuelle Welten - wie das moderne gesellschaftliche Leben überhaupt - vielleicht auch zu einer für die Demokratie abträglichen Vereinzelung, die nicht zu verwechseln ist mit Individualität? Sind die Ursachen für weniger Engagement in Gewerkschaften, Parteien, Verbänden und Vereinen vielleicht ähnliche oder gar dieselben wie für das Fernbleiben bei Wahlen?

Zweifel an der Bedeutung demokratischer Organe mag hinzukommen. Haben Entscheidungen des Stadtrats Auswirkungen auf mein Leben? Ist die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments für das Funktionieren der Europäischen Union überhaupt relevant? Letzteres bezweifelt immerhin das höchste deutsche Gericht. Warum sollen wir dann am 25. Mai wählen gehen?

Frustration über Unklares und Mehrdeutiges kommt hinzu, zumal in einer immer komplexer werdenden Welt, in der alles mit allem zusammenhängt und klare und eindeutige Entscheidungen kaum mehr möglich sind.

Gewiss ist die Demokratie unvollkommen. Ist eine Partei an der Macht, muss sie Kompromisse eingehen. Koalitionspartner oder, wo diese nicht gebraucht werden, die Wirklichkeit fordern dies ein. Zurück bleiben allzu oft enttäuschte Wähler.

Winston Churchill, damals schon nicht mehr britischer Premierminister, sprach am 11. November 1947 im britischen Unterhaus bemerkenswerte Worte, die häufig verkürzt wiedergegeben werden. Es lohnt sich, den ganzen Passus seiner Rede zu betrachten:

“Viele Regierungsformen sind versucht worden in dieser Welt der Sünde und des Wehs. Niemand behauptet, Demokratie sei perfekt oder allwissend. Es ist in der Tat gesagt worden, dass die Demokratie die schlechteste Regierungsform sei, abgesehen von all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind; aber es gibt das breite Gefühl in unserem Land, dass die Menschen herrschen sollen, kontinuierlich regieren, und dass die öffentliche Meinung, mit allen verfassungsgemäßen Mitteln zum Ausdruck gebracht, die Handlungen der Minister formen, leiten und kontrollieren soll, denn sie sind ihre Diener und nicht ihre Herren.“¹

Freiheit ist immer dann kostbar, wenn sie fehlt. Wer sie hat, wird ihrer schnell überdrüssig. Ein vielfach zu beobachtendes Paradoxon. Weniger als die Hälfte der Bürger macht von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Hier in Europa, wo, unbeschadet der Krisenjahre, im Vergleich zu anderen Weltgegenden Milch und Honig fließen. Selbst wenn es einem wachsenden Teil der Bevölkerung schlechter geht, müssten nicht gerade diese Leute dann zur Wahl gehen?

Das Wahlrecht ist ein wichtiger Teil bürgerlicher Freiheit. Vielleicht sogar der alles entscheidende. Rechtsstaatlichkeit mag von oben gewährt werden; wirklich abgesichert ist sie aber nur, wenn sie in eine demokratische Ordnung eingebettet ist.

Demokratie ist nicht losgelöst von Teilhabe zu sehen. Partizipation – in Wahlen, aber auch in bürgerschaftlichen Organisationen – und eine diese Teilhabe ermöglichende funktionierende öffentliche Infrastruktur sind der Boden, auf dem eine friedliche, freiheitliche Ordnung gedeiht.

¹ “Many forms of Government have been tried, and will be tried in this world of sin and woe. No one pretends that democracy is perfect or all-wise. Indeed, it has been said that democracy is the worst form of Government except all those other forms that have been tried from time to time; but there is the broad feeling in our country that the people should rule, continuously rule, and that public opinion, expressed by all constitutional means, should shape, guide, and control the actions of Ministers who are their servants and not their masters.”

Die Europäische Union ist die überstaatliche Ebene, um die uns Europäer viele Menschen in der Welt beneiden. Hier gibt es institutionalisierte Zusammenarbeit, die wie keine andere europäische Ordnung zuvor Frieden, Stabilität und Wohlstand gesichert hat.

Seit 1979 können die Bürger dieser in der Welt nach wie vor einzigartigen Gemeinschaft, dieses groß angelegten Versuchs einer supranationalen Friedens-, Freiheits- und Wohlstandsordnung, auch auf europäischer Ebene mitbestimmen. Das Europäische Parlament, dem anfangs nur ein Anhörungsrecht ohne bindende Wirkung zuteil war, steht heute auf Augenhöhe mit der Staatenkammer, dem Rat der Europäischen Union. Seine Zusammensetzung mitentscheiden zu können, ist nicht nur ein symbolisches Privileg. Es ist notwendige Voraussetzung für die demokratische Legitimation europäischer Politik.

Es ist richtig. Das Europäische Parlament ist nicht der Deutsche Bundestag. Wann aber ist ein Parlament ein Parlament? Nur dann, wenn es ist wie der Deutsche Bundestag? Wie verhält es sich dann mit dem polnischen Sejm, wie mit dem britischen Unterhaus, wie mit der französischen Nationalversammlung? Sind diese Parlamente wie der Deutsche Bundestag? Nein, sind sie nicht. Und trotzdem würde niemand ernsthaft ihre legitimierende Funktion in Frage stellen.

Die europäische Politikebene tritt nicht an die Stelle der nationalen. Sie ergänzt sie. Sie bietet ein Mehr an Souveränität durch die Bündelung von Souveränität. Dies als Souveränitätsverzicht zu interpretieren, ist kurzsichtig im Zeitalter der Globalisierung.

Zu unserer Freiheit gehört, dass wir mitbestimmen können auf allen staatlichen – und auch der überstaatlichen, europäischen Ebene. Lokal, regional, national und europäisch. Wir sollten dieses Recht nutzen.

Dass der europäische Gesetzgeber vieles entscheidet, was trotz prinzipieller nationaler Zuständigkeit auch für den öffentlichen Dienst wichtig ist, ist jenseits aller staatsbürgerlichen und europäischen Bürgerpflichten Grund genug auch für den dbb zu sagen: Da müssen wir mittun. Da ist es wichtig, dass unsere Mitglieder mitentscheiden, dass sie von ihren Freiheitsrechten auch in Europa aktiv Gebrauch machen.

Europäischer Arbeitsschutz, europäisches Binnenmarkt- und Wettbewerbsrecht, öffentliches Vergaberecht, Antidiskriminierungsrecht – in vielen die Arbeitsbedingungen unserer Mitglieder beeinflussenden Fragen entscheidet Europa mit. Deshalb habe ich unsere Mitglieder aufgerufen, am 25. Mai zur Wahl zu gehen, wenn es heißt: „Europa wählen!“

Die europäische Demokratie ist zwar noch im Werden. Es gibt aber kein europäisches Demokratiedefizit. Europa – und damit ist der Kontinent gemeint, nicht nur die europäische Politikebene – hat aber eine defizitäre Demokratie, wenn zu viele Bürger, nicht nur in Deutschland und nicht nur bei den Europawahlen, glauben, ihre Meinung zähle nicht, das Wählen lohne nicht.

Zu wählen lohnt. Immer. Und besonders auch am 25. Mai – in Europa.

Klaus Dauderstädt ist seit 2012 Bundesvorsitzender dbb beamtenbund und tarifunion. Zudem ist er Ehrenvorsitzender der Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS).

Kontakt: <http://www.dbb.de/servicebereich/kontakt.html>